

Gärtner-Zeitung

Gewerkschaftliche Zeitschrift des Allgem. Deutschen Gärtner-Vereins
(Sitz Berlin) und des Verbandes der Gärtner Österreichs (Sitz Wien)

Erscheint jeden Sonnabend.

Für Mitglieder oben genannter Verbände jede zweite Nummer mit der illustrierten Beilage „Gärtnerei-Fachblatt“. Mitglieder dieser Verbände erhalten beide Fachzeitschriften unentgeltlich. Annahmeschluss für dringende Berichte: Montag früh.

Schriftleitung und Versand:

Berlin S 42, Luisenufer 1
Fernruf: Moritzplatz 3725

Bezugs-Bedingungen:

Vierteljährl. ohne „Gärtnerei-Fachblatt“ durch die Post 3.- Mk. unter Streifband 3 50 Mk. — Sonderbezug des „Gärtnerei-Fachblatts“ vierteljährl. durch die Post 1.— Mk. unter Streifband 1,30 Mk. — Geschäftl. Anzeigen nur im „Gärtnerei-Fachblatt“

Die zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder des A. D. G. V. erhalten auch während dieser Zeit die Allgemeine Deutsche Gärtner-Zeitung regelmäßig zugestellt. Die Zustellung erfolgt vierzehntägig durch Feldpostbrief. Bei etwaigem Ausbleiben ist dies sofort der zuständigen Versandstelle zu melden und dabei jedesmal die genaue Feldadresse (ohne Abkürzungen!) mitzutellen. — Von der Beitragsleistung sind die zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder befreit. (Mitgliedsbücher sind beim Verbands zum Aufbewahren zu hinterlegen.)

Das „Gärtnerei-Fachblatt“ wird während der Kriegszeit nicht herausgegeben; sein Anzeigenteil erscheint in dieser Zeit in der „Allgemeinen Deutschen Gärtner-Zeitung“. — Anzeigen-Bedingungen: Die fünfgespaltene Nonpareillezeile 30 Fig. Bei Wiederholungen Ermäßigung. Schluß der Anzeigen-Annahme eine Woche vor dem Erscheinungstage. Alleinige Anzeigen-Annahme: Josef Wichterich, Verlagsgesellschaft m. b. H., Leipzig, Bosestraße 6.

Teuerungszulagen in Privatgärtnereien!

In der vorigen Nummer druckten wir an dieser Stelle den Wortlaut der Eingabe ab, den der A. D. G. V. in Gemeinschaft mit dem Deutschen (nation.) Gärtnerverbande an die Hauptvorstände der Gärtnereiunternehmerverbände gerichtet hat. Es war zweckdienlich und notwendig, nicht bloß die Erwerbsgärtnerei um eine Teuerungszulage anzugehen, sondern auch im Bereiche der Privatgärtnerei in dieser Hinsicht etwas zu unternehmen. Denn die Kollegen in der Privatgärtnerei leiden unter der herrschenden Teuerung ja durchaus nicht weniger als die anderen. Nur gibt es hier allerdings keinen — „Arbeitgeber-Berufsverband von Privatgartenbesitzern“, an den man sich etwa hätte wenden können. Andererseits kam für ein Vorgehen in der Privatgärtnerei außer dem A. D. G. V. und dem D. (nation.) G. V. auch der Verband Deutscher Privatgärtner in Betracht. Veränderte Verhältnisse und günstige Umstände ermöglichten eine gemeinsame Aussprache von Vertretern der Hauptvorstände dieser drei Verbände, und man wurde sich schlüssig, eine Nachricht in nachfolgender Fassung durch die Tagespresse verbreiten zu lassen. Die Verbreitung selbst wurde dem „Nachrichtenamt des Reichsverbandes f. d. d. Gartenbau“ übertragen. Gleichzeitig soll ein Abdruck in den drei Verbandszeitschriften erfolgen mit dem Ersuchen an die Mitglieder sowie an die Gaue und Ortsgruppen der Verbände, ihrerseits ein weiteres zu tun und sich zu bemühen, dieselbe Nachricht besonders noch in den sogenannten Lokalzeitungen unterzubringen, die in Orten erscheinen, wo Privatgärtner in Stellung sind. Es wird nämlich anzunehmen sein, daß grade diese Zeitungen von Villenbesitzern u. dergl. zu allererst gelesen werden.

Die vereinbarte Nachricht lautet:

Teuerungszulagen in Privatgärtnereien.

Die durch den Krieg allgemein verteuerte Lebenshaltung macht sich in besonders empfindlicher Weise bei jenen Erwerbsschichten bemerkbar, die in einem Lohn- oder Gehaltsverhältnis stehen und deren Einkommen im wesentlichen noch dasselbe geblieben ist, als es vor dem Kriege war. Zu diesen gehört ein beträchtlicher Teil des in Privatgartenbesitzungen beschäftigten Gärtnereipersonals. In einer in diesen Tagen stattgefundenen gemeinsamen Sitzung von Vertretern des Verbandes Deutscher Privatgärtner (Hauptverwaltung: Köln, Antwerpenerstr. 7), des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins (Hauptverwaltung: Berlin S. 42, Luisenufer 1) und des Deutschen nationalen Gärtnerverbandes (Hauptverwaltung: Berlin C. 2, Stralauerstr. 53) wurde festgestellt, daß anscheinend die meisten Privatgartenbesitzer ihren Gärtnern und dem sonstigen Gartenpersonal Teuerungszulagen in dankenswerter Weise zukommen lassen, daß es aber auch zahlreiche Fälle gibt, wo jede Zulage verweigert wird oder diese so gering ist, daß sie nicht merklich ins Gewicht fällt. Die in Frage kommenden Arbeitgeber gehen dabei von der irrthümlichen Ansicht aus, ihre Angestellten

könnten noch von früheren Rücklagen zusetzen. Es wurde in der betr. Sitzung beschlossen, diesen Irrtum richtigzustellen. Da in vielen, wenn nicht den meisten Fällen andere Vermittlungen leider nicht möglich oder angebracht sind, soll die Tagespresse ersucht werden, diese Bestrebungen wohlwollend zu unterstützen. Im übrigen ist jeder der drei genannten Verbände bereit, in Einzelfällen besonders vorstellig zu werden. Ebenso soll dahin gewirkt werden, daß die Privatgartenbesitzer in der Unterstützung der Familien ihres zum Kriegsdienst einberufenen Gartenpersonals nicht erlahmen.

Unsere in Frage kommenden Gau- und Ortsverwaltungen werden hiermit ersucht, sich zu bemühen, diese Nachricht in den schon erwähnten Blättern unterzubringen. Man verlasse sich nicht darauf, daß diese Blätter vielleicht schon eine Zusendung vom „Nachrichtenamt des R. f. d. d. G.“ oder sonst von einer andern Seite erhalten haben. Von je mehr Stellen aus man an die betreffenden Schriftleitungen herantritt, um so größer die Aussicht, daß auch wirklich ein Abdruck erfolgt.

Kriegsbeschädigtenfürsorge

Niederschrift der Sitzung des „Fürsorge-Ausschusses“ des Reichsverbandes für den deutschen Gartenbau

am Sonnabend, den 18. März 1916, vormittags 10 Uhr, im Klub der Landwirte, Berlin, Dessauer Straße 14.

Vorsitzender: Exzellenz Dr. Hugo Thiel.

1. Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen und sprach ihnen den Dank des Reichsverbandes für ihre tätige Mitarbeit aus. Die Heimgebliebenen fühlten sich denen gegenüber tief verpflichtet, welche gegen eine Welt von Feinden die Grenzen mit ihren Leibern deckten. Für ihr späteres Wohl ausreichend zu sorgen, sei ja die Hauptaufgabe des „Fürsorge-Ausschusses“.

2. Auf die Verlesung des letzten Protokolls vom 13. November wird verzichtet; weitere Auskünfte hierzu werden nicht gewünscht.

3. Bericht über die Tätigkeit des „Fürsorge-Ausschusses“ seit dem 13. November 1915 und über Erfahrungen bei der Berufsberatung und Stellenvermittlung kriegsbeschädigter Gärtner, erstattet von Herrn Generalsekretär S. Braun.

Nachdem Herr Braun das Anwachsen und den Übereifer bei der gesamten Kriegswohlfahrtspflege gestreift und die Bemühungen vieler Unberufener gekennzeichnet hatte, bei dieser schönen Gelegenheit ruhmvoll aufzutauchen, ging er auf die Erfahrungen näher ein, welche bei der ausübenden Berufsberatung gemacht worden sind. Er erblickt eine Verminderung der Schwierigkeiten darin, daß die erfindende Intelligenz sich immer mehr der Kriegsbeschädigtenhilfe mit Erfolg zugewendet habe. Die Erfindungen würden durch eine Reichsprüfungsstelle auf ihre Verwendungsmöglichkeiten für die Praxis geprüft, um dann wieder die Verwendungsmöglichkeiten der Kriegsbeschädigten zu steigern.

Eine wachsende Schwierigkeit in der erfolgreichen Berufsberatung und späteren Unterbringung Kriegsbeschädigter liege aber in der auffälligen geminderten Bereitwilligkeit, sich berufsberaten und unterbringen zu lassen.

Wiederholt sei in jüngster Zeit die Seelenstimmung Kriegsbeschädigter hervorgetreten, daß der Staat ganz Außerordentliches tun müsse, ehe das, was man für ihn tat und litt, annähernd wieder gut gemacht würde. So entstünde dann die Forderung auf dauernden Dank und eine stets zureichende Versorgung, auch ohne entsprechende Gegenleistung. Das deutsche Gemüt scheine sich unter den Ereignissen dieses furchtbaren Krieges nicht zu seinem Vorteil gewandelt zu haben. Dieser unsichgreifende Zustand müsse in der rechten Weise bekämpft werden.

Die Praxis der Berufsberatung habe den allein richtigen Weg genommen, jeden Kriegsbeschädigten möglichst allein zu behandeln und nicht mit ihm militärisch-summarisch zu verfahren.

Über die Verwendungsmöglichkeiten sei theoretisch viel geschrieben, aber ohne erkennbaren Nutzen. Selbst unter den Spezialisten des gärtnerischen Faches seien die Ansichten über Verwendungsmöglichkeiten Kriegsbeschädigter in den eigenen Betrieben sehr verschieden. Auch die Methode, nach dem Fehlen einzelner Gliedmaßen oder dem jeweiligen Grade der erlittenen Verletzung die Verwendungsmöglichkeit im voraus festlegen zu wollen, sei verfehlt. Sie begehe den großen Fehler, daß sie nicht den Persönlichkeitswert des einzelnen Mannes mit veranschlage, vor allen Dingen nicht seinen guten Willen und seine Fähigkeiten. Am weitesten komme man mit der frischen, zupackenden und Hoffnung machenden Formel: Die Verwendungsmöglichkeit des einzelnen Kriegsbeschädigten in den verschiedenen Zweigen beträgt . . . 100 Prozent . . . so lange, bis nicht der Versuch am Subjekt und Objekt zwingt, Abstriche zu machen.

Würde jeder einzelne Fall nach diesem Gesichtspunkte auch einzeln behandelt, so hätte man die besten Resultate.

Der Referent hält mehr von einer Stellenvermittlung als von den unpersönlichen Arbeitsnachweisen. Diesen käme gar zu viel darauf an, hohe Nummern buchen zu können; dadurch entstünden aber leicht irreführende Statistiken. Ein idealer Zustand wäre es, wenn jeder Kriegsverletzte auf Grund einer reichsgesetzlichen Organisation sich an einem bestimmten Orte zu melden hätte, als treibendes Schiffelein von diesem Strom aufgenommen und dann unter richtiger Steuerung so lange geleitet würde, bis er in seinen Hafen einliefe. Eine solche reichsgesetzliche Verordnung sei aber noch nicht durchführbar gewesen. Für Berlin und die Provinz Brandenburg habe der Oberbefehlshaber in den Marken eine Art militärische Regelung der Stellenvermittlung verfügt, deren wesentlichster Punkt die Anzeigepflicht sei.

Zwei Methoden in der Stellenvermittlung stünden sich gegenüber. Die eine sucht alle Kriegsbeschädigten in einer Zentralstelle aufzufangen, sie hier in einer Kartothek zu sammeln, nach Angebot und Nachfrage unterzubringen und den unerledigten Rest den Kriegsarbeitersgemeinschaften zu überweisen.

Die andere Methode fordere, daß alle sich Meldenden ohne jeden Zeitverlust den zuständigen Arbeitsgemeinschaften überwiesen und von ihnen nach sorgfältiger Behandlung jedes Spezialfalles untergebracht würden. Sei die erstere Methode die theoretisch richtige, so sei doch die letztere die allein praktische, erfolgreiche und am wenigsten umständliche. In der gärtnerischen Fürsorge seien beide Methoden miteinander verknüpft. Als Zentralstelle habe der Fürsorge-Ausschuß für kriegsbeschädigte Gärtner, Berlin, Invalidenstraße 42, zu gelten.

Der Berichterstatter gibt näheren Aufschluß, wie sich die Stellenvermittlung in ihren einzelnen Teilen abwickelt, und zeigt, welche Zeit und welchen Schriftwechsel es erfordert, bis ein Beschädigter endlich glücklich und für die Dauer untergebracht ist. Bis Monat Februar haben sich 42 Kriegsbeschädigte gemeldet, von denen noch 29 in Unterhandlung mit Prinzipalen ständen. Sechs seien wieder zurückgetreten, nachdem sie untergebracht worden waren, sieben aber hätten gut versorgt werden können. An offenen Stellen seien 210 vorhanden.

Wenn nun bei fortschreitender Heilung oder beim Friedensschluß die Massen heimkehrten und Unterbringung oder Versorgung heischen, so müsse ein glänzend organisierter und mit reichen Mitteln ausgestatteter gärtnerischer Fürsorge-Ausschuß zur Bewältigung der Arbeit bereit stehen. Zurzeit lebe er noch von der Hand in den Mund. Was aber alles auch geschähe, es würde später kaum ausreichen. Darum müsse sich die tätige Liebe der Feldgrauen annehmen, und jede Familie, die es vermöge, müßte einen Verletzten als ihren Kriegsinvaliden bei sich aufnehmen oder für ihn sorgen. Darum möge die Erkenntnis des Notwendigen für das Vaterland Herzen schenken, die zur Übernahme eines solchen Schützlings oder einer solchen Patronatschaft willig seien.

3. Über die Ansiedlung Kriegsbeschädigter und die Gründung von Kriegerheimstätten trug Herr Stadtgärtnerdirektor A. Brodersen (Berlin) folgende Gedanken vor:

Nichts sei bei der Gründung von Existenzen für Kriegsbeschädigte notwendiger, als daß man sie über die wirtschaftlichen Ver-

hältnisse, in die sie eintreten sollen, wahrheitsgemäß unterrichte. Jede Versprechung, die sich später als unerfüllbar erweise, sei ein Verbrechen an den Kriegsinvaliden. Schon Fritz Reuter habe in Schnurr-Murr die „einträgliche Bienenzucht, Hühnerzucht, Karpfenzucht“ genügend gezeißelt. Jetzt würden auch noch Kaninchenzucht, Seidenraupenzucht, Obstbau und andere Gebiete als wirtschaftliche Paradiese für die Kriegsinvaliden hingestellt. Auf allen diesen Wirtschaftszweigen ließe sich nur in Ausnahmefällen eine sichere Existenz gründen.

Die eigentliche Aufgabe der Ansiedlung Kriegsbeschädigter sei, ihnen nicht Gnadengeschenke zu spenden, sondern ihnen in dem Bewußtsein zu dienen, daß wir dadurch gleichzeitig der Allgemeinheit nutzen. Durch eine stärkere Besiedlung des Landes und die Bewirtschaftung kleinerer Landflächen, sozusagen in eigener Verwaltung, würde die Ertragsfähigkeit des ganzen Landes gesteigert und damit die gesamte Wohlfahrt gesichert. Die Fürsorge für Kriegsbeschädigte müsse in anderer Weise geschehen, als sie für die Friedensinvaliden durch das bisher geübte Rentensystem durchgeführt sei. Eine Rente allein verschaffe noch niemandem Glück; sie erhöhe nicht das Selbstgefühl und die Lebensfreude. Da nach Herrn Professor Biesalski wahrscheinlich 90 Prozent der Verletzten wieder arbeitsfähig sein würden, könnte, wenn diese sämtlich wollten, große Kulturarbeit auf allen Gebieten geleistet werden. Es gälte, den Beschädigten zuerst Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, und zwar so einträgliche, daß sie zusammen mit dem Ehrensolde ein gutes Auskommen verbürgten. Für die Erwerbsmöglichkeit im allgemeinen Sorge in weitestgehender Weise die Militärverwaltung. Man müsse aber dem Kriegsbeschädigten auch den Willen stärken; das geschähe durch die Förderung seiner Arbeitsfähigkeit. Der Beschädigte müsse das erhebende Bewußtsein haben, daß die Rente sein lebenslangliches Eigentum sei, und daß die Aufwendung eigener Energie nicht dem Staate durch eine weitere Rentensparnis Nutzen schaffe, sondern ihm vor allen Dingen selbst und den Seinen das Vorwärtskommen ermögliche. Darum seien Prämien für eifrige Arbeiter angebracht. Besonders wichtig sei es, alle Arbeitskräfte des geheilten Kriegsinvaliden möglichst völlig und möglichst zeitig anzuspinnen.

Eine Steigerung der Erwerbsmöglichkeiten Kriegsbeschädigter liege

- in dem Verlust vieler, oft der besten Arbeitskräfte auf den Schlachtfeldern,
- in dem Fernbleiben und Fernhalten der bisher zuströmenden Ausländer,
- in der verstärkten Ausnutzung deutschen Landes durch Gartenbau und Landwirtschaft,
- durch die Steigerung des Pflanzenkonsums und Einschränkung des Fleischgenusses.

Das höchste Ziel der Fürsorge sei, den Beschädigten ein Heim, eine Heimat und in dieser Heimarbeit zu verschaffen. Die gärtnerische Fürsorge sei in der glücklichen Lage, den heimkehrenden Beschädigten in frischer Luft und Sonnenschein ein gesundes Wirken und Arbeiten zu ermöglichen. Die Besiedlung günstiger Ländereien sei auf genossenschaftlichem Wege zu bewirken. Als solche für gärtnerische Kulturen brauchbare Ländereien könne er nicht, wie viele andere, unkultiviertes Land ansehen. Im Gegenteil, dort, wo schon gärtnerische Betriebe in ausgedehntem Umfang bestünden, wo Spezialitäten gezüchtet würden und die Wege für einen guten Absatz bereits vorhanden wären, dort ließe sich am ehesten eine Ansiedlung mit Erfolg durchführen. So könnten sich bei Werder an der Havel, im alten Lande bei Hamburg, bei Guben, in Braunschweig und an anderen Orten vorteilhaft gärtnerische Siedlungen anschließen. Alle Ansiedlungsverfahren aber, die mit rechnerischer Genauigkeit die Ländereien und ihre Erträge theoretisch feststellten und hierauf Unerfahrene ansiedelten, seien mit größtem Mißtrauen zu beobachten. Kriegsbeschädigte auf Neuland, Moor oder gar auf Ödländereien selbst zu machen, sei nur in Ausnahmefällen zu billigen. Um eine solche Pionierarbeit erfolgreich zu verrichten, reichten kaum die Kräfte gesunder Menschen aus. Aber auch Domänen-, Kirchen- und Gemeindegelände könnte für solche Siedlungen herangezogen werden. Man müsse strengstens vermeiden, die Kriegsbeschädigten zu Versuchszwecken anzusetzen. Eine gesetzliche Regelung des gesamten Siedlungswesens scheine durchaus geboten; sonst könne manchem Kriegsbeschädigten ein übles Los bereitet werden. Man dürfe auch nicht versäumen, unter den Rentengutsiedlern selbst sorgsame Auslese zu halten; denn gärtnerische Kulturen und Kleinlandwirtschaft seien durchaus nicht jedermanns Sache. Bevorzugt sollte derjenige werden, welcher solche Arbeit gewohnt sei und sich über die Erfordernisse, die an ihn herantreten werden, nicht täusche. Die Berufsberatungsstellen sollten schon rechtzeitig mit den Ansiedlungsgenossenschaften verhandeln, um geeignete Ansiedler auf diesem Wege zu gewinnen. Besondere Rentengutskolonien nur für Kriegsbeschädigte zu schaffen, könne nicht empfohlen werden. Zu vergessen sei auch nicht, daß den Ansiedlern neben ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit noch eine gewerbliche Heimarbeit erreichbar sein müsse. Als Winterfüllarbeit würde sie nur segensreich wirken. Nach dieser Richtung habe schon die

Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft durch die Förderung ländlichen Hausfließes sich besondere Verdienste erworben. In solchen Siedlungen seien auch die Kinder als werbendes Kapital anzusprechen, während sie in der Stadt fast immer als zehrendes angesehen werden müßten.

Wo auch immer Kriegsbeschädigte willig untergebracht würden, immer müsse in Bezug auf die Lohnfrage eine humane Gesinnung maßgebend sein. Die Rente bei Festsetzung von Arbeitslöhnen mit in Ansatz zu bringen, sei wirklich nicht gut zu heißen. Mehr als je gälte es, das Heimatgefühl zur Grundlage eines erweiterten Vaterlandsgefühles zu machen. Wenn alle in dem Bestreben sich zusammenfänden, nach den ungeheuren Opfern an Gut und Blut auf deutschem Boden mehr als bisher deutsch denkende und deutsches Land bebauende Ansiedler gut unterzubringen, so brauchte man für die Zukunft keine Sorgen zu haben, dann würde es gelingen, Deutschland wirtschaftlich vom Auslande völlig unabhängig zu machen.

Eine Aussprache über die beiden Referate ergab in allen wesentlichen Punkten die Übereinstimmung der Anwesenden mit den gehörten Ausführungen.

Herr Geheimer Oberregierungsrat Eggert vom Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten teilte mit, daß für kriegsbeschädigte Gärtner, welche die Lehnanstalten zu besuchen beabsichtigten, stets freies Schulgeld gewährt würde, daß es aber kaum durchführbar schiene, jetzt schon weitere Mittel bereit zu stellen; namentlich für den Unterhalt im Internat, der im Durchschnitt 500 Mark pro Jahr betrüge, müßten die Betroffenen selbst sorgen.

Im besonderen wies Exzellenz Thiel darauf hin, daß den Kriegsbeschädigten, welche ein Glied verloren hätten, theoretische Anleitung und auch besondere Gelegenheit in den praktischen Berufen gegeben werden müsse, um diese Glieder gebrauchen zu lernen. Solche Unterweisungsstelle dürfte auch in den Gärtnerlehranstalten am Platze sein. Er fragt an, wie weit die Einübung in den Lazaretten vor sich gehe.

Herr Bezirksamtsassessor Kerscheneiner bemerkt, daß eine Vorprüfung geeigneter künstlicher Gliedmaßen und auch deren Anwendung in den Lazaretten stattfände. Schon in der Betätigung mit einem solchen weiterhelfenden Apparat würde eine gute Heilwirkung auf die Verletzten ausgeübt. Es sei aber wünschenswert, daß eine besondere Erprobung für solche Gliedmaßen eingerichtet würde, die noch in gärtnerischen Betrieben zu bestimmten Arbeitsleistungen Verwendung finden könnten. Das ließe sich im Anschluß an ähnliche bereits bestehende landwirtschaftliche Prüfungsstellen durchführen.

Herr Lorgus weist darauf hin, daß es vor allem wichtig sei, die Kriegsbeschädigten willig zu machen, die Ersatzglieder auszubastern und zu benutzen. Die gegenseitige Anfeuerung und Belehrung Verletzter zeitige gute Ergebnisse.

Herr Lorgus bringt folgende Anträge ein:

Der „Fürsorge-Ausschuß für kriegsbeschädigte Gärtner“ beschließt:

- a) unter Mitwirkung berufs- und lebenserfahrener Männer Ratschläge und Leitsätze auszuarbeiten, die das Wesen der gesamten Fürsorge für kriegsverletzte Gärtner und auch die Grundsätze für die Errichtung von Kriegerheimstätten enthalten. Diese Leitsätze sind dann Behörden und Körperschaften, sowie allen Gartenbau-, Obst-, Gemüse- und verwandten Vereinen mit der Bitte zu unterbreiten, sie in besonders einberufenen Versammlungen durch geeignete Berichterstatter zum Vortrag zu bringen und darüber an den Reichsverband zu berichten;
- b) den Herrn Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten zu bitten, für kriegsbeschädigte geeignete Gärtner ausreichende Mittel zum Besuch Königlich-gärtnerischer Lehranstalten zur Verfügung zu stellen und die vorhandenen Freistellen zu vermehren.

Herr Albrecht bedauert, daß über die Verwendungsmöglichkeiten im Gärtnerberuf die Fachblätter wenig oder so gut wie nichts veröffentlicht hätten. Auffälliger sei es, daß die Erwerbsgärtner von vornherein glaube, in ihren Reihen Kriegsbeschädigte nicht unterbringen zu können; auch sie würde einen Teil Verletzter aufzunehmen haben. Es komme viel darauf an, daß schon jetzt eine bereitwillige Stimmung unter den betreffenden Kreisen Platz greife.

Ein Preisausschreiben für Verwendungsmöglichkeiten Kriegsbeschädigter in der Gärtnerei scheine nicht unangebracht. Bei der Berufsberatung werde wiederholt die Erfahrung gemacht, daß die Vertreter der Arbeitnehmer ein tätigeres Interesse bewiesen als die der Arbeitgeber.

Der Nachweis, daß kriegsbeschädigte Gärtner in diesem Berufe überhaupt eine ausreichende Existenz finden können, sei noch nicht geführt. Eine Aufbesserung der Löhne in der Gärtnerei sei jetzt schon, besonders aber nach Friedensschluß, unabweislich.

Exzellenz Thiel fragt an, wie groß im allgemeinen die Bereitwilligkeit der Prinzipale sei, frühere Gärtner, die kriegsbeschädigt zu ihnen zurückkehren, wieder einzustellen.

Herr Braun erwidert, daß die bisherigen Erfahrungen leider keine zu große Bereitwilligkeit nach dieser Richtung hin erkennen

lassen. Häufig sei in der Zwischenzeit ein Ersatzmann engagiert und habe sich festgesetzt. Andererseits aber fühlten sich die Prinzipale geniert, wenn sie für den früheren Angestellten, der verletzt zu ihnen zurückkehre, die Höhe des neuen Gehaltes bestimmen sollten. Sie zahlten dann lieber eine freiwillige Unterstützung, um in ihren neuen Verträgen freie Hand zu behalten.

Herr Direktor Echtermeyer teilt mit, daß an den Kriegskursen, welche die Kgl. Gärtnerlehranstalt Dahlem abgehalten habe, bisher 880 Hörer teilgenommen hätten. Auch die Plätze (150) für die eigentlichen Lehrgänge seien voll besetzt. Es sei dringend nötig, daß für geeignete Kriegsverletzte die erforderlichen Mittel bereitgestellt würden. Auch praktische Betriebe könnten Kriegsverletzte zur gärtnerischen Ausbildung aufnehmen. Er weist des Näheren auf die Erfolge hin, die in Hoffnungstal und Dreibrück mit gärtnerischen Kulturen bereits erzielt seien, und erhofft gleiche Resultate bei richtiger Kultivierung des havelländischen Luchs bei Nauen. Auf dem dortigen Terrain von 60 000 ha könnten mit der Zeit vier neue Dörfer Platz finden.

Herr Löbner geht näher auf die Organisation der Stiftung „Heimatkant“ im Königreich Sachsen ein, die danach strebe, daß den Invaliden die wirtschaftliche Selbständigkeit möglichst wiedergegeben werde. Für jeden Regierungsbezirk sei ein „Kreisverband Heimatkant“ gebildet, in dem wiederum alle dahin gehörigen Vereine des gleichen Namens zusammengefaßt seien. Auf diesem Wege sei es möglich, die Fürsorge dezentralisiert zu gestalten.

4. Soll der Fürsorge-Ausschuß dem „Reichsverband der privaten Fürsorge-Vereine für Kriegsbeschädigte“ als Mitglied beitreten?

Herr Braun teilt mit, daß in der Sitzung des „Fürsorge-Ausschusses“ am 13. November 1915 Herr Oberbürgermeister Geib im Namen des „Reichsausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge“ mitgeteilt habe, daß unserem gärtnerischen Fürsorge-Ausschuß die Entsendung eines Vertreters zugestanden sei. Als Abgeordnete wurden damals der Vorsitzende, Exzellenz Thiel, und zu seinem Vertreter Herr Braun ernannt. Dieser „Reichs-Ausschuß“ sei die Hauptversammlung der einzelstaatlichen Organisationen und als eine beratende, zusammenfassende, wegweisende Stelle gedacht. Sein Vorsitzender sei der Herr Landesdirektor der Provinz Brandenburg, Herr v. Winterfeld. Als Vertreter dieses Reichs-Ausschusses sei Herr Bezirksamtsassessor Kerscheneiner anwesend, wie auch der Reichsverband für den deutschen Gartenbau in Zukunft zu den Sitzungen des Reichs-Ausschusses, besonders bei den Fragen der Berufsberatung, Ausbildung, Arbeitsbeschaffung, Ansiedlung und Wohnungsfürsorge, hinzugezogen werden solle. Ganz unabhängig von diesem Reichs-Ausschuß habe sich gebildet oder sei doch in der Bildung begriffen: Der „Reichsverband der privaten Fürsorge-Vereine für Kriegsbeschädigte“ mit dem Sitz in Hannover. Über die leitenden Persönlichkeiten sei man noch nicht genügend unterrichtet. Dieser private Reichsverband beabsichtige, sich neben der staatlichen Fürsorge aufzutun und die gesamten privaten Kräfte einheitlich zusammenzufassen. Man habe die etwa bestehenden 350 privaten Fürsorge-Vereine als Postämter im Reiche aufgefaßt und wolle sie nun zu einem Hauptpostamt vereinigen. Es frage sich aber, ob eine solche Einrichtung nötig und bei der schon herrschenden Zersplitterung und Überzahl von Zusammenschlüssen erstrebenswert sei.

Es wird beschlossen, dem Reichsverband der privaten Fürsorge-Vereine gegenüber zunächst eine abwartende Stellung einzunehmen.

5. Über die Bäder und Angestelltenfürsorge des Roten Kreuzes berichtet näher Herr Dr. Wiener. Er führt aus, daß diese Fürsorge wesentlich im Erlaß der Kurabgabe, in der Ermäßigung der Preise der Kurmittel und der Unterkunft und Verpflegung bestünde. Dabei sollten die Kriegsteilnehmer in keiner Weise hinter den voll zahlenden Gästen zurückgestellt werden. Auch mit dem Ständeverein Reichsdeutscher Badeärzte sei die Vereinbarung getroffen, daß die ärztliche Behandlung für vier bis sechs Wochen für den festen Honorarsatz von 10 Mark zu erfolgen habe. Mit der ärztlichen Gesellschaft für Mechanik und Therapie seien Vereinbarungen im Gange. Für die Eisenbahnfahrt zum Kurort und heimwärts ist von den deutschen, österreichisch-ungarischen und schweizerischen Eisenbahnverwaltungen eine Ermäßigung des Fahrpreises um die Hälfte zugestanden. Örtliche Vertrauensmänner der Bäder- und Anstaltsfürsorge stünden ausreichend zur Verfügung, um die Vorkommnisse in den verschiedenen Orten zu beobachten. In rund 620 Bädern, Erholungsorten und Heilanstalten usw. Deutschlands, sowie in 120 österreichisch-ungarischen und in der Schweiz stehen die angegebenen Vergünstigungen zu Gebote. An Freistellen stehen 3606 Plätze in Deutschland und 1600 Plätze in Österreich und in der Schweiz zur Verfügung. Jetzt können schon 100 000 Kriegsteilnehmer teils zu ermäßigten Preisen, teils unentgeltlich untergebracht werden.

6. Exzellenz Thiel gibt bekannt, daß der „Verband der Handelsgärtner Deutschlands“ die Summe von 500 Mark zum weiteren Ausbau der gärtnerischen Kriegsfürsorge zur Verfügung gestellt habe. Er dankt herzlich für diese Stiftung und bittet, auch weiter mitzuhelfen, daß den Kriegsbeschädigten möglichst weit-

gehende Hilfe, auf die sie ein wohlverdientes Recht hätten, zuteil werden könne.
S. Braun.

Anwesenheitsliste.

Sitzung des „Fürsorge-Ausschusses“ des Reichsverbandes für den deutschen Gartenbau am Sonnabend, den 18. März 1916.

1. Herr Otto Albrecht, Allgemeiner Deutscher Gärtner-Verein. — 2. Herr Joh. Beckmann, Generalsekretär, Verband der Handelsgärtner Deutschlands. — 3. Herr Franz Bluth, Kgl. Gartenbaudirektor, Deutsche Gartenbau-Gesellschaft. — 4. Herr A. Brodersen, Stadtgartendirektor, Gärtnerei-Berufsgenossenschaft. — 5. Herr S. Braun, Generalsekretär, Deutsche Gartenbau-Gesellschaft. — 6. Herr Felix Buch, Stadtobergärtner, Verband ehemaliger Proskauer. — 7. Herr Th. Echtermeyer, Kgl. Ökonomierat, Kgl. Gärtnerei-Lehranstalt, Dahlem. — 8. Herr Eggert, Geheimer Oberregierungsrat, Landwirtschaftsministerium, Berlin. — 9. Herr P. Frank, Deutsche Gesellschaft für private Fürsorge E. V. — 10. Herr Hans Hallervorden, Gartenarchitekt, Vereinigung ehemaliger Wildpark-Dahlemer. — 11. Herr Fritz Hanisch, Garteningenieur, Provinzial-Verband Schlesischer Gartenbau-Vereine. — 12. Herr Graf v. Hachingen, Zentrale für private Fürsorge. — 13. Herr Karl Hausmann, Vereinigung selbständiger Gärtner Württembergs, Württembergischer Gartenbauverein. — 14. Herr H. R. Jung, Städtischer Obergarteninspektor, Verband Deutscher Privatgärtner. — 15. Herr Kerschensteiner, Bezirksamtsassessor, Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge. — 16. Herr Kube, Stadtgartendirektor, Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst. — 17. Herr Max Löbner, Kgl. Garteninspektor, Kgl. Sächsische Gesellschaft für Botanik und Gartenbau „Flora“. — 18. Herr A. Lorgus, Deutscher Pomologen-Verein. — 19. Herr Wilhelm Mähl, Verband Deutscher Blumengeschäftsinhaber. — 20. Herr Albert Müller, Deutscher Gärtner-Verband. — 21. Herr K. Scherff, Verein selbständiger Gärtner Badens. — 22. Herr Dr. Hugo Thiel, Wirklicher Geheimer Rat, Exzellenz. — 23. Herr Hermann Völler, Deutscher Gärtner-Verband. — 24. Herr Wartzke, Zentrale für private Fürsorge. — 25. Herr Karl Weinhausen, Vereinigung ehemaliger Wildpark-Dahlemer. — 26. Herr A. Weiß, Kgl. Gartenbaudirektor, Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst. — 27. Herr H. Wendland, Bund Deutscher Baumschulenbesitzer. — 28. Herr Dr. Wiener, Abt. 9, Zentralkomitee vom Roten Kreuz. — 29. Herr Wölbling, Magistratsrat, Magistratskommissar der Kriegsbeschädigtenfürsorge der Stadt Berlin. — 30. Herr Max Ziegenbalg, Handelsgärtner, Verband der Handelsgärtner Deutschlands.

Rundschau

An die Väter und Mütter schulentlassener Kinder!

In diesen Tagen treten wieder große Scharen von Arbeiterkindern ins Erwerbsleben ein, das gegenwärtig ungewöhnlich hohe Anforderungen an den jungen Menschen stellt und ihn mit mannigfachen Gefahren bedroht. Die Beanspruchung der tüchtigsten Arbeitskräfte durch den Krieg und die allgemeine Teuerung begünstigen eine Überanstrengung der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen, deren Folgen für den jungen Organismus verderblich sein müssen. Auch die angeblich jetzt besonders stark zutage tretende sogenannte Verwahrlosung der Jugend, worüber so viel geschrieben und geredet wird, hat ihre eigentliche Ursache in den wirtschaftlichen und sozialen Zuständen der Kriegszeit.

Der durch die berufliche Überanstrengung geschwächte jugendliche Organismus verliert die Widerstandskraft gegen die Reizmittel, die Geist und Körper unserer Jugend bedrohen, gegen Kino und Schundliteratur, Alkohol- und Tabakgenuß. Hinzu kommt, daß ein großer Teil unserer schulentlassenen Jungen und Mädchen gerade in dieser gefährlichen Lage der Führung beraubt ist, da ihnen der Vater durch den Krieg entzogen ist, die Mutter durch wirtschaftliche Sorgen in Anspruch genommen wird. Bei dieser jetzt so schwierigen Erziehung den Arbeiter-Eltern Beistand zu leisten, ist die Aufgabe der freien Jugendbewegung. Ja, die Notwendigkeit und Kulturbedeutung unserer Jugendbewegung ist vielleicht noch nie so deutlich hervorgetreten, als gerade in dieser Kriegszeit. Die freie Jugendbewegung bietet den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen Führung, Rat und Schutz. Sie verschafft ihnen die mannigfaltigste Möglichkeit, ihre freie Zeit in einer der Jugend angenehmen und für ihre Entwicklung nützlichen Weise zu verbringen. Durch Vorträge, Bibliotheken, Museums-Besichtigungen, Theater-Vorstellungen, Konzerte, gesellige Zusammenkünfte, Jugendheime, gemeinsame Wanderungen und Spiele wird dafür gesorgt, daß Körper und Geist gleichermaßen zu ihrem Rechte kommen.

Dazu erhalten unsere jungen Anhänger alle zwei Wochen ein illustriertes Blatt, die „Arbeiter-Jugend“, ausgehändigt. Diese Zeitung erfreut sich großer Beliebtheit bei der Jugend, da sie alle Fragen, die unsere bildungsbeffissene Jugend berühren, in leicht

faßlicher Weise behandelt und auch reichen Unterhaltungsstoff bietet.

An die Arbeiter und Arbeiterinnen ergeht darum der Ruf, ihre schulentlassenen Söhne und Töchter auf die freie Jugendbewegung hinzuweisen und für sie die „Arbeiter-Jugend“ zu abonnieren. Damit dienen sie ihren eigenen Interessen und denen ihrer Kinder, und damit leisten sie zugleich einem der wichtigsten Unternehmen unserer proletarischen Kulturbewegung, der freien Jugendbewegung, die Unterstützung, der diese zur Erfüllung ihrer großen Aufgabe bedarf. Fast in jedem Ort besteht ein von der organisierten Arbeiterschaft eingesetzter Jugendausschuß, der Veranstaltungen für die arbeitende Jugend trifft und der die Bestellungen auf die „Arbeiter-Jugend“ entgegennimmt. Wo eine solche Stelle nicht vorhanden ist, wende man sich an die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bekanntmachungen

Hauptverwaltung.

Teurungszulagen!

In voriger Nummer ist an leitender Stelle die Eingabe an die Hauptvorstände unserer Unternahmervverbände, zwecks Erlangung einer Teurungszulage, bekannt gegeben. In der heutigen wird auf eine gleichartige Maßnahme bezüglich der Privatgärtnereibetriebe verwiesen.

Es wird des weiteren nun Sache nicht bloß der örtlich zuständigen Gaue und Ortsverwaltungen sein, auch ihrerseits noch einen Druck hintennach zu setzen, sondern es ist auch **Pflicht jedes einzelnen Kollegen**, bei seinem Arbeitgeber noch **persönlich** vorstellig zu werden. Es möge dabei ein jeder sich auf diese Eingaben mit berufen. Den besonderen Nachweis der Teurung zu führen, wird niemand schwer fallen, denn der liegt ja für jedermann klar und bündig auf der Hand. Und kein verständiger Arbeitgeber kann sich solcher Einsicht verschließen.

Hervor also mit den Gesuchen um Teurungszulagen!

Über Erfolge sowie auch über etwaige Mißerfolge erbitten wir Bericht.
Der Hauptvorstand.

Das Inhaltsverzeichnis der Allgemeinen Deutschen Gärtnereizzeitung für 1915

ist in einer nur kleinen Auflage gedruckt worden. Ein Versand ohne Bestellung findet nicht statt. Bestellungen wolle man durch die Orts-, Gauverwaltung oder unmittelbar an die Hauptgeschäftsstelle in Berlin S 42, Luisenufer 1, richten.

Fehlende Zeitungsnummern vom Jahrgang 1915 der Allgemeinen Deutschen Gärtnereizzeitung.

Vom Jahrgange 1915 unserer Zeitung sind die Nummern 13, 36, 44, 50 und 51 annähernd vergriffen. Wir ersuchen darum die Vertrauensmänner in den Gau- und Ortsverwaltungen, uns die von diesen Nummern bei ihnen etwa noch vorhandenen übersenden zu wollen.

Anzeigenteil.

Behufs Ausbildung junger Mädchen in der Blumen-, Obst- u. Gemüsegärtnerei

Anschluß an Gärtnerei gegen angemessene Vergütung in unmittelbarer Nähe Berlins gesucht. Ausführliche Offerten unter Ch. Nr. 700 befördert Rudolf Mosse, Charlottenburg, Scharrenstraße 30.

Samen aller Art, überjährige und unkeimfähige zu Futterzwecken: Rüben-, Spinnat-, Radieschen-, Oelsaaten, Kürbis, Sonnenblumen usw., auch Angänge, kauft jederzeit **I. O. Rehfeder**, Leipzig-Eut. 12.

Sämtliche Fachbücher zu Originalpreisen liefert **Andreas Voß**, Voßianthus-Verlag, Berlin SW 57, Potsdamer Str. 64.

Zum 1. Juli oder früher verh. **Gärtner u. Förster** in dauernde Stelle für Rittergut in der Provinz Sachsen gesucht. Nur beste Zeugnisse. v. **Banin**, Bratlin bei Genthin.

Gartenwandspalier, altdeutsch, eichen, verkauft **Julius Niendorf**, Charlottenburg, Straße 63, am Tegeler Weg.

Das Frühjahr ist da! Werbt neue Mitglieder!

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Albrecht, Berlin. — Verlag: Albert Lehmann, Berlin. — Druck: Carl Hansen, Berlin N 4.
Für den Anzeigenteil verantwortlich: Oskar Tröge, Leipzig.